

Saar-Bildungsminister gegen Volksentscheid über Schulreform

Saarbrücken. Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) lehnt einen Volksentscheid über das im Saarland geplante fünfte Grundschuljahr ab. Dies könne in einen „Schulkampf“ ausarten, sagte Kessler der SZ. Stattdessen sollten alle Betroffenen gehört werden. Bei starkem Widerstand könnten die Pläne geändert werden. > **Seite B 2: Interview** *jos*

„Wir sollten uns einen Schulkampf ersparen“

Bildungsminister Kessler gegen Volksentscheid über Schulreform – Stattdessen Anhörung aller Betroffenen geplant

Saarbrücken. Einen Volksentscheid über die geplante Schulreform wie in Hamburg hält Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) hierzulande für nicht notwendig: Er werde ohnehin alle betroffenen Gruppen anhören. Sollten die Bedenken überwiegen, schließt Kessler eine Einschränkung seiner Pläne nicht aus. Mit ihm sprach SZ-Redakteur Johannes Schleuning.

Sind Sie sich angesichts der immer hitziger werdenden Debatte um Ihre Schulreform noch der Rückendeckung Ihrer Koalitionspartner sicher?

Kessler: Das glaube ich schon. FDP-Landeschef Christoph Hartmann hat in einem Zeitungsinterview gerade erst bekräftigt, dass er zu 100 Prozent zum Koalitionsvertrag steht. Und in dem ist die Schulreform festgeschrieben. Und maßgeblich ist, was der FDP-Landeschef sagt – und nicht, was ein Herr Luksic als Bundestagsabgeordneter mit Profilierungsbedürfnis zum Besten gibt.

Und die CDU – mit einer in dieser Frage ebenfalls eher skeptischen Wählerschaft – hält Ihnen auch die Treue?

Kessler: Ministerpräsident Peter Müller hat an dieser Stelle im Wesentlichen die gleiche Ansicht wie ich.

Die Regierungskoalition will neben der Schulreform auch Volksentscheide im Saarland erleichtern. Würden Sie es da nicht befürworten, dass die Koalition als Allererstes eine Erleichterung von Volksentscheiden beschließt,



Will die Schulreform im Saarland nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen: Bildungsminister Klaus Kessler. Einen Volksentscheid zu dieser Frage hält er jedoch für kontraproduktiv. Foto: Maurer

um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, über eine Schulreform abzustimmen, bevor diese besiegelt wird?

Kessler: Das würde zu einer erheblichen zeitlichen Verzögerung bei der Schulreform führen, denn dazu bräuchte es ja

ebenfalls zunächst eine Verfassungsänderung. Und es würde auch viel Geld kosten, man würde ja mit Werbekampagnen, Infoständen und Broschüren die eigene Position deutlich machen wollen. Zudem – Hamburg hat das gezeigt – kommt es im

Vorfeld eines solchen Volksentscheids zu einer heftigen Auseinandersetzung – um nicht zu sagen: zu einem regelrechten Schulkampf. Das ist etwas, was wir uns im Saarland ersparen sollten. Zumal wir ja im Vorfeld der Schulreform jetzt eine brei-

te Anhörung aller beteiligter Gruppen planen. Danach kann man dann immer noch darüber nachdenken, ob wir wirklich einen Volksentscheid zu dieser Frage brauchen. Um das klar zu stellen: Vom Grundsatz her stimme ich einem Volksentscheid zu, das ist eine urgrüne Position. Aber ob wir ihn in dieser Frage wirklich brauchen, wage ich zu bezweifeln.

Wer wird bei der Anhörung zur Schulreform vertreten sein?

Kessler: Unter anderem die Eltern- und Schülervertretungen der verschiedenen Schulformen, der Städte- und Gemeindetag sowie der Landkreistag als Schulträger, die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerks- und Arbeitskammer als Wirtschaftsvertreter. Und natürlich Lehrerverbände und Gewerkschaften.

Sollten bei dieser Anhörung massive Bedenken gegen das fünfte Grundschuljahr laut werden, nehmen Sie dann Abstand von dem Vorhaben?

Kessler: Dann werden wir den anderen Weg offensiv diskutieren.

„Der andere Weg“ könnte bedeuten: Es bleibt bei vier Grundschuljahren, aber es kommt die Gemeinschaftsschule?

Kessler: Wenn das am Ende einer Diskussionsphase herauskäme, müssen wir sehen, wie wir damit umgehen.

Im Internet:

www.saarbruecker-zeitung.de/bildung